

Volks-Zeitung

Tardieu Führer gegen Chautemps Kündigung der Bauarbeiter-Löhne

Wir gratulieren!

Hanne Sobeck heiratet

Prof. Dr. Baetzner



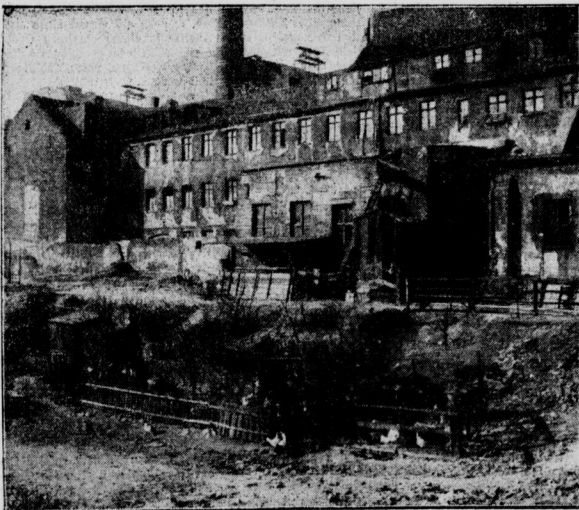
Paula Conrad-Schlenther, die bekannte Schauspielerin, wird 70 Jahre

Berlins populärster Fussballer, der Kapitän der Hertha-Mannschaft, und seine Braut, Fräulein Margarete Schulz

Leiter des für Schmagendorf geplanten Krankenhauses

Er bewohnt das ganze „Haus“

„Kopflöse“ Seeabrüstungskonferenz



Ein Wohnungsloser hat sich in einer Ruine in der Spandauer Strasse niedergelassen

Alle Teilnehmer der Londoner Konferenz kommen ins Panoptikum

Die Regierung hofft auf Annäherung der Parteien - Noch in dieser Woche zweite Young-Lesung

Der Präsident des Reichstags beabsichtigt jetzt den Ältestenrat des Reichstags einzuberufen, um eine Entscheidung über die nächsten Dispositionen des Parlaments herbeizuführen. Es hängt noch von dem Verlauf der heutigen, wiederum vertraulichen Sitzung der vereinigten Anschläge ab, ob die Einberufung noch auf heute abend nach der Reichstags-Sitzung oder auf Mittwoch erfolgt. Für Mittwoch genügt der Präsident unter allen Umständen eine Reichstags-Sitzung in Aussicht zu nehmen, eventuell nur zur Erledigung des Restes der heutigen Tagesordnung, zu der viel leicht auch das Republiksschutzgesetz tritt.

Die Regierung hält an der Absicht der beschleunigten Vor- nahme der zweiten Lesung der Young-Gesetze fest; die Wider- stände bei den Parteien und vor allem beim Zentrum sind aber noch nicht beseitigt. Trotzdem hat die Regierung die Hoffnung

noch nicht aufgegeben, den Beginn der zweiten Lesung der Young-Gesetze im Reichstag für morgen oder übermorgen durch- zusetzen

Die Regierung stützt diese Hoffnung auf eine Annäherung unter den Regierungsparteien in der Deckungsfrage, wobei be- sonders das Notopfer für die Festbesoldeten eine Rolle spielt. Demgegenüber muss allerdings nochmals betont werden, dass

das Notopfer bei der Deutschen Volkspartei auf den stärksten Widerstand stößt.

und dies ganz besonders, solange dieser Versuch nur dem Be- dürfnis einer augenblicklichen Überbrückung der Entscheidungswier- kigkeiten dienen, aber nicht mit einer grundsätzlichen Sanierung der Finanzen verknüpft sein soll.

Kündigung der Bauarbeiterlöhne Eine Aktion der Arbeitgeber-Verbände

Das Wälfische Telegraphenbureau verbreitet aus Essen fol- gende Mitteilung:

Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise und der katastrophalen Lage des Baumarktes haben sich die Arbeit- geberverbände des gesamten Deutschen Bauwerbes gezwungen gesehen, von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen und die zurzeit gültigen Bauarbeiterlöhne zum 31. März d.J. zu kündigen. Eine Kündigung der Bauarbeiterlöhne ist auch in Rheinland und Westfalen erfolgt.

BOCHUM, 25. Februar.

Eine Revisionskonferenz des Deutschen Metallarbeiter- verbandes nahm zu der Neugesaltung des Rahmenarbeits- vertrages in der Metallindustrie Nordwest Stellung. Der Ver- treter des Bezirksvorstandes, Klewer (Essen), stellte die Kün- digung des Rahmenvertrages für den 1. Mai in Aussicht und machte Mitteilungen über die Rahmenarbeitsforderungen. Ueber- stichlich geordnete Bestimmungen über die Arbeitszeit, Still- legung und Kurzarbeit sowie eine strenge Regelung des Ueber- standenswesens müssten angestrebt werden. Abmachungen über die Akkordarbeit seien aus dem Rahmenarif herauszunehmen, und im Lohnabkommen müsse besondere Klarheit über den Urlaub geschaffen werden. Auch eine Regelung der Lehrhins- frage sei in neuen Tarifabkommen notwendig. Für die älteren Arbeiter seien besondere Schutzbestimmungen gegen Ent- lassung im neuen Tarif zu fordern.

Auch Thyssen weiss nichts

BOCHUM, 25. Februar.

Das Direktorium der Thyssen-Werke gibt zu den gegen die Firmen Krupp und Thyssen gerichteten Beschuldigungen über unkorrekte Verkäufe an das Ausland während des Krieges eine ähnliche Erklärung wie die Firma Krupp ab. Danach ist weder einem der Direktoren noch einer Firma des Thyssen-Konzerns bisher von einer Strafanzeige oder der Erfüllung eines Er- mittlungsverfahrens etwas bekannt. Im Übrigen erklären die Thyssen-Werke, dass sämtliche Lieferungen der Werke während des Krieges in vollem Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Behörden erfolgt sind, darunter befand sich keine Lieferung an das feindliche Ausland. Die Lieferung von In- fanterieschildern an die holländische Regierung erfolgte in vollem Einvernehmen mit dem Kriegsministerium in Berlin.

Die Reichsanwaltschaft hat am Sonnabend mitgeteilt, dass sie auf die Anzeige gegen die beiden Rüstungsfirmen hin die notwendigen Schritte ergriffen habe. Es scheint, dass von Leipzig bis zum Industriegebiet des Westens die Entfernung zu weit ist, als dass die Schritte des Ober- reichsanwalts in einigen Tagen den Angeschuldigten wenigstens die Kenntnis der erfolgten Anzeige verschaffen könnten. Im Übrigen zeigen die Erklärungen der beiden Firmen bereits, dass bei einem Verfahren wohl kaum etwas herauskommen wird.

Rechtsradikale Geheimbündler

Das Gericht vertagt nach Stellung der Strafanträge
HAMBURG, 25. Februar.

Wegen verbotener Geheimbündel und Gründung eines zum Wikingbund gehörenden Vereins „Sturmtabne“ hatten sich vor der Kieler Strafkammer als Berufungsinstanz vier junge Leute, die unter der Führung eines Studenten standen, zu verantworten. Das Gericht beschloss, entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes, der gegen den Studenten auf 8, gegen die übrigen Angeklagten auf je 6 Monate Gefängnis erkannte, die Verhandlung zu ver- tagen und den früheren Führer des Wikingbundes, Kapitän Ehrhardt, als Zeugen zu vernehmen. In einer vorherigen Ver- handlung waren diesen Angeklagten wegen schwerer Mis- handlung eines Mithingelagten, den sie auf Grund eines sogean- nenen Femeurteils eines Abends in einem einsamen Gehölz überfallen und mit einer Reispfeife bis tot geschlagen hatten, für diese Tat zu je zwei Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist verurteilt worden.

Wäre das Kieler Gericht ebenso gewissenhaft und unparteiisch, wenn es sich um linksradikale Angeklagte handelte?

Eine Hausangelegenheit Zörgibels

Wie von zuständiger Stelle gegenüber einer falschen Preschen- richtung mitgeteilt wird, ist der preussische Innenminister Gzesinski der Ansicht, dass die Regelung des Streites zwischen dem Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss und dem Polizeikomman- deur Oberst Heimannberg Sache des Polizeipräsidenten und eine reine Hausangelegenheit ist, die der Polizeipräsident von sich aus in Ordnung bringen wird.

Tardieu als Führer der Reaktion

im Kampfe gegen das Kabinett Chautemps

PARIS, 25. Februar.

Die französische Kammer wird heute über die Zukunft der neuen Regierung Chautemps zu entscheiden haben. Die Aus- sichten eines Erfolges für Chautemps sind seit gestern abend geringer geworden, da die sogenannten „Linksrepublikaner“, die Gruppe, zu der Tardieu gehört, beschlossen haben, gegen das Kabinett zu stimmen. Dieser Beschluss wurde durch das Eingreifen Tardiens veranlasst, der seinen Gesinnungsfreunden erklärte, dass eine von den Sozialisten unterstützte Regierung nicht das Vertrauen der Parteien der Ordnung verdiene. Tardieu hat gleichzeitig an- gekündigt, dass er selbst in der Kammer Sitzung erscheinen werde. Er hat sogar die Absicht, in der Diskussion zu sprechen. Obwohl diese Haltung des früheren Ministerpräsidenten auch von seinen Freunden nicht mehr mit einmütiger An- erkennung beurteilt wird, kann sie für die neue Regierung ver- bindlich sein. Die Debatte wird heiss sein, und sie wird lange dauern. Nach allen Berechnungen bleibt der Regierung Chautemps nur geringe Lebenshoffnung. Doch ist es möglich - und diese Möglichkeit wird gerade in einigen über die Stimmung meist gut informierten Blättern stark betont, zum

Beispiel im „Petit Parisien“ -, dass irgendein Umstand die Auffassung der Kammer vollständig ändert und einen Ueber- schwung der Stimmung herbeiführen kann. Der Wortlaut der Regierungserklärung ist noch nicht bekannt; aber was man von ihrem Inhalt weiss, das rechtfertigt diese erkünstelte Wut gegen die „Kartell-Regierung“ nicht. Ein vernünftiges Programm, das sich in vielen Punkten dem Programm Tardiens nähert, von angesehenen und vernünftigen Politikern verteidigt, wird der französischen Kammer vorgelegt -

und dieses Programm soll unter der Führung Tardiens be- kämpft werden, um dessen Mitarbeiter sich sein Nachfolger beinahe leidenschaftlich beworben hat?

Der Widerspruch ist so gross, dass er eigentlich von allen Deputierten der Kammer erkannt werden müsste.

Voraussetzungen lässt sich nichts; aber eine Klarheit wird heute geschaffen werden: Wenn heute die Regierung der Linken durch die geschlossene Opposition der Rechten gestürzt wird, dann droht in Frankreich eine Herrschaft der Reaktion, die das Land nicht will, und die unmöglich lange dauern kann.

Zehn Millionen Mark deutsche Verluste?

Die Sowjetaktion gegen die Lena-Goldfelds- Konzession

Durch Beschluss der Sowjetregierung sind sämtliche Aktiva der Lena Goldfields Co. mit Beschlag belegt worden. Hiermit dürfte das Schicksal dieser Konzession, die sich bereits seit Monaten in Auseinandersetzungen mit der Sowjetregierung befand, besiegelt sein. In den letzten Jahren hat diese englische Gesellschaft, die ihren Sitz in London hat, sich stark an das deutsche Kapital angelehnt. Die deutsche Industrie hat Forderungen an die Lena Gold- fields im Betrage von rund 10 Millionen Mark. Nach dem Sowjetgesetz gehen alle russischen Forderungen den aus- ländischen Forderungen vor, so dass die Aussichten für die deutschen Gläubiger sehr trübe sind.

Mord-Drohungen gegen Coolidge

Ernst oder Irrsinn?

LOS ANGELES, 25. Februar.

Dem vormaligen amerikanischen Präsidenten Coolidge ist ein Brief zugegangen, in dem er vor einem bevorstehenden Anschlag auf sein Leben gewarnt wird. In dem Schreiben heisst es, dass der Täter aus dem Osten der Vereinigten Staaten nach Los Angeles gekommen sei mit der Absicht, Coolidge zu töten. Man habe gehört, dass er erklärt habe, Coolidge werde die Rückreise im Sarge machen.

Die Polizei glaubt, dass man es bei dem Verfasser des Briefes mit einem Irrsinnigen zu tun hat. Für alle Fälle ist aber dem früheren Präsidenten zu seinem persönlichen Schutz noch ein besonderer Detektiv zugestellt worden.

Versuchter Munitions-Diebstahl?

Reichswehr-Razzia auf Jungkommunisten

STETTIN, 25. Februar.

Wie aus Stolz gemeldet wird, wurde auf den Reichswehr- schliesslinien die Fensterscheibe eines Gebäudes eingeworfen. Der Wachtposten gab mehrere Schreckschüsse ab und sah schliesslich im Schein einer von ihm abgeschossenen Leucht- kugel mehrere Leute im nahen Wald verschwinden. Ein Zug des alarmierten Reiterregiments und die benachbarte Schutz- polizei umstellten den Wald und konnten sieben junge Burschen verhaften, die der kommunistischen Partei angehören. Es heisst, dass die jungen Burschen beauftragt waren, Munition zu stehlen.

RATZBURG, 25. Februar. (W. T. B.)

Ein städtischer Arbeiter machte bei Schützenhof einen unge- klärten Munitionsvorfall. Er überraschte einen etwa 30jährigen Mann, der in gebückter Haltung dastand, und bei seinem Nahen flüchtete. Er liess 700 Schuss in Traggruten verpackte Infanterie- munition zurück. Die Munition stammt aus den Jahren 1913, 1916 und 1918.

Der Reichsbank-Mussolini in Rom. Dr. Schacht traf gestern abend in Rom ein, wo er im Hotel Eden absteigt. Er wird heute und morgen an den in der Banca d'Italia stattfindenden Verhandlungen des vorbereitenden Komitees der internationalen Reparationsbank teilnehmen.

Erziehung zum Staat

Aussprache-Abend des Republikanischen Reichsbundes

Mit der „Erziehung zum Staat“ beschäftigte sich bei ihrem letzten Ausspracheabend die Ortsgruppe Berlin des Deutschen republikanischen Reichsbundes. Frau Regierungsrat Wachen- heim, Mitglied des Landtags, stellte in ihrem Referat fest, dass es der Republik, die in den elf Jahren ihres Bestehens so viel erreicht habe, noch nicht gelungen sei, auf dem Gebiete des Bildungswesens die Versprechungen der Weimarer Verfassung zu realisieren. Als

Hauptunterlassungsünde

bezeichnete die Rednerin das Fortbestehen des Berufslehren- wesens, das immer noch die Bemittelten in ihrem Aufstiege be- vorzugs. Hier läge auch der eigentliche Sinn des sozialdemo- kratischen Schrittes in Preussen, wo nun mit einer energischen Republikanisierung der Unterrichtsverwaltung begonnen werden solle. Die Rednerin beschäftigte sich weiter mit der Lehrer- ausbildung, wobei sie an den pädagogischen Akademien scharfe Kritik übte. Wenn

höhere Schulen und Universitäten heute noch überwiegend reaktionär

seien, so läge das auch an der Einstellung der Lehrer- und Do- zentenschaft. Auch hier müsse grundlegender Wandel geschaffen werden. Allerdings müsse man sich darüber klar sein, dass alle Erziehungsmassnahmen verhältnismässig wenig zünden könnten gegenüber den Auswirkungen einer tiefen republikanischen Politik, die von selbst erzieherisch zum Staate, das heisst zur Republik, wirke.

An der sehr lebhaften Aussprache beteiligten sich als Kor- referenten Dr. Bohner, M. d. L., Rektor Kellermann und Schulrat Wolff. Weiter sprachen u. a. Landtagsabgeordneter Kuttner und Dr. Alfred Wiener, der auf die grosse Gefahr der nationalsozia- listischen Schülerbünde hinwies, die eine beispiellose Verhetzung in die höheren Schulen hineintrügen und gegen die endlich syste- matisch vorgegangen werden müsse.

Günstliches Anhalt. Das anhaltische Staatsministerium unter- breitete dem Landtag den Haushaltsabschluss für 1930. Er zeigt ein für die Staatsfinanzen sehr erfreuliches Bild. Denn er ergibt einen Reindüberschuss von 708.000 Mark.

Hughes' Amtsantritt. Aus Washington wird gemeldet: Charles Hughes hat den Amtseid geleistet und das Amt des Obersten Richters übernommen. Sein Vorgänger, William Taft, war bekanntlich aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten.

Araberkönige schliessen Frieden

Versöhnung Feisals und Ibn Sauds an Bord eines englischen Kriegsschiffes

LONDON, 25. Februar.

Die beiden arabischen Herrscher, Ibn Saud, König de- Hedschas, und König Feisal von Mesopotamien haben nach jahre langen Kämpfen Frieden geschlossen. Die Städte der denk würdigen Gegendung war das im Persischen Meerbusen liegende englische Kriegsschiff „Lupin“. Der englische Oberkommissar des Irak, Sir Francis Humphrys, war an Bord. Unter englischen Auspizien kam somit der lang ersehnte Frieden in Arabien zu stande.

In den Friedensbedingungen erkennen „Times“ zufolge Ibn Saud und Feisal gegenseitig die Unabhängigkeit ihrer Länder an mit der Wirkung, dass von nun an der diplomatische Verkehr zwischen den beiden Staaten eröffnet wird. Eine dauernde Grenzkommission soll die Grenzschwierigkeiten regeln während die Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrages auf schiedsgerichtlichem Wege ausgetragen werden sollen. Die Begegnung zwischen den beiden Fürsten soll sehr herz- lich verlaufen sein.

Riesensbetrugs-Prozess Jacob

„Textil-Import und Export-Geschäft“ / Beginn der Verhandlung vor dem Grossen Schöffengericht

Das grosse Schöffengericht Berlin-Mitte hat sich heute mit dem Betrugsfall des rumänischen Kaufmanns Leon Jacob zu befassen, der im Jahre 1928 in Berlin ein Textil-Import- und Exportgeschäft gründete, in riesigen Mengen Waren auf Kredit kaufte und sie mit Wechseln bezahlte, die das Büro des Berliner Rechtsanwalts und Notars Dr. Brass trugen. Jacob versohb die gekauften Waren sofort ins Ausland und hat eine grosse Zahl deutscher Fabrikanten um insgesamt 340 000 Mark geschädigt. Unter Zurücklassung dieser Schuldsomme flüchtete er mit seinem Sozius und Prokuristen, dem Rumäner Lehrer, ins Ausland und wurde im Juli des vergangenen Jahres in Brüssel verhaftet und ausgeliefert. Jetzt hat er sich wegen Betruges und Konkursverbrechens zu verantworten.

In der heutigen Verhandlung konnte der Angeklagte Jacob nur sehr oberflächlich über die kaufmännischen Gepflogenheiten Auskunft geben. Vors.: Woher kennen Sie den Rechtsanwalt Dr. Brass? — Angekl.: Durch meinen Kompagnon Lehrer. Ich war einmal ein paar Tage verreiselt, als ich dann zurückkam, erzählte man mir, Lehrer habe ein gutes Geschäft mit einem Dr. Brass gemacht. Dr. Brass girierte alle Wechsel

gegen 5 Prozent Provision. — Vors.: Haben Sie sich nach Dr. Brass irgendwie erkundigt? — Angekl.: Als preussischer Notar war er für mich ein Heiliger. Ich hatte zu Dr. Brass volles Vertrauen. Er hatte immer ein Notizbuch bei sich und trug alle Wechsel dort ein, die er girierte sollte. Die Lieferranten gingen auch selbst zu ihm hin und legten ihm die Wechsel vor. — Vors.: Haben Sie hypnothische Einflüsse auf Dr. Brass angewandt? — Angekl.: Das ist behauptet worden. Ich kann nicht hypnotisieren. — Der Angeklagte schiebt im weiteren Verlauf seiner Vernehmung alle Schuld auf Lehrer, der gleichfalls geflüchtet und dessen man nicht hat habhaft werden können. Er behauptet, dass er unter dem Pantoffel von Lehrer gestanden habe. Dieser habe die Kasse verwaltert und alle Geschäfte abgewickelt. Er, der Angeklagte, sei nur dazu verwandt und direkt von Lehrer gezwungen worden, in Deutschland und England herumzufahren und Einkäufe zu tätigen. In das Geschäft habe ihn Lehrer gar nicht hineinsehen lassen. — Vors.: Wovon haben Sie denn gelebt? — Angekl.: Von dem laufenden Geschäft. Nur das Nötigste habe ich ausgegeben. Vors.: Deshalb haben Sie auch ein Auto für 11 000 Mark gekauft. — Angekl.: Ich kann doch nicht wagen, ob ich verdient oder nicht verdient habe. Lehrer geht gesagt, wir verdienen gut, und ich habe volles Vertrauen gehabt. — Vors.: Das Auto haben Sie dann aber mit feulen Wechseln bezahlt und es nachher verkauft, bevor die Wechsel eingelöst waren. — Der Angeklagte behauptet, dass er gestaubt habe, das Auto wäre schon bezahlt.

Der Vorsitzende stellt dann fest, dass Jacob, auch nachdem er sich von Lehrer bereits getrennt hatte, nach Wien Waren in grossen Mengen überschrieben habe.

Ferner war es Jacob, der für Lehrer ein Gnadengeschäft betrieb, nachdem Lehrer wegen ähnlicher Schwindelaktionen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Als erster Zeuge wird dann der frühere Rechtsanwalt und Notar Dr. Brass vernommen, ein 63 Jahre alter Mann, der von den Vorgängen eine ganz andere Darstellung gibt als der Angeklagte Jacob. Jacob liess seine Firma bei ihm eintragen und kam auch in verschiedenen anderen Angelegenheiten zu ihm, um eine grosse Anzahl von Grundschuldbüchern zu tätigen. Nachdem Dr. Brass für Jacob schon längere Zeit hindurch tätig gewesen war, stellte ihm Jacob in Aussicht, ihn als Syndikus mit fünfzehnhundert Mark Monatsgehalt anzustellen. Danach kam er aber wieder und hat den Zeugen ob er ihm nicht einige Wechsel giriieren wolle. Er betonte, dass diese prompt eingelöst werden würden und trat ausserdem zwei Grundschulden in einer Gesamthöhe von 190 000 Mark an den Zeugen ab, durch die sich Dr. Brass vollkommen gesichert glaubte, die sich aber später als gänzlich wertlos herausstellten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung muss Dr. Brass zugeben, dass ihm eine gewisse Vergütung für die Hergabe seiner GROS von Jacob zugesichert worden sei; er habe sie aber nicht erhalten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er unter einem hypnothischen Einfluss des Jacob gestanden habe, erklärt Dr. Brass, er habe nie so etwas behauptet.

Explosion im englischen Bergwerk

Drei Tote, sieben Verletzte — Grossfeuer in einer französischen Fabrik

LONDON, 25. Februar. (W. T. B.) Bei einer Explosion in dem Kohlenbergwerk Wath upon Deane in Yorkshire wurden drei Personen getötet und sieben verletzt. Drei der Verletzten haben schwere Brandwunden erlitten.

BRÜSSEL, 25. Februar. Am Montag nachmittag explodierte bei einer Schiessübung auf dem Artillerieübungsplatz von Namur eine Granate. Ein Offizier und vier Soldaten wurden verwundet, einer der Soldaten schwer.

MACERATA, 25. Februar. Die Zahl der infolge des Lawnenunglücks bei Bologna ums Leben gekommenen Personen ist auf 19 gestiegen.

PARIS, 25. Februar. In einer Fabrik in Roanne, die Teer Nebenprodukte verarbeitet, brach Montag nachmittag Grossfeuer aus, das nach fünfständigen Bemühungen noch nicht gelöscht werden konnte. Drei Arbeiter

erlitten schwere Brandwunden, ein vierter wird vermisst. Man befürchtet, dass er in den Flammen umgekommen ist.

Doppelunglück bei Eröffnung des Flughafens von Havanna

NEW-YORK, 25. Februar. Nach einer Meldung aus Havanna ereignete sich am gestrigen Tage, an dem die Festlichkeiten zur Eröffnung des neuen kubanischen Flughafens, der den Namen Machado-Flugfeld führt, stattfinden sollten, ein doppeltes Unglück.

Zunächst stiess ein von dem Einweihungs-Gottesdienst zurückkehrender vollbesetzter Antriebs mit einem elektrischen Zuge zusammen, wobei zehn Insassen des Automobils ihr Leben einbüssten. Sodann kamen zwei Flieger der kubanischen Luftstreitkräfte ums Leben, die über dem Flugfeld bei einem Schauflegen zusammenstossen und mit ihren Flugzeugen in die Tiefe stürzten.

Nach einiger Zeit nahmen seine Wirtsleute, eine Familie Kadke, starken Brandgeruch wahr und öffneten die Tür zu dem Wohn- und Schlafraum ihres Untermeisters. Hier schlugen ihnen die hellen Flammen entgegen, so dass sie nicht mehr in das Zimmer hineingehen konnten. Sie riefen sofort die Feuerwehr herbei, die aber nur noch den Brand abblieschen und die Leiche des Speda bergen konnte.

An Seifenpulver eesick Das spielende Kind in der Küche

DRESDEN, 25. Februar. (Privat.) Das anderthalbjährige Söhnchen eines Grafen von Zedlitz-Liebenstein hatte in der Küche eines Tisches mit Seifenpulver vom Tisch gezogen. Dabei war ihm das Pulver über Kopf und Gesicht gefallen. Durch die Einatmung des Pulverstaubes entstand eine Entzündung der inneren Organe. Man brachte das Kind sofort ins Krankenhaus, wo es trotz aller ärztlichen Bemühungen kurze Zeit darauf verstarb.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Fortdauer des beständigen Wetters, mit südlichen Winden. (Öffentliche Wetterdienststelle Berlin. Nachdruck verboten.)

Neue Kursverluste

Bei der heutigen Prämienkehrung kam verhältnismässig Material an den Markt, und es machte sich auch sonst wieder Abgangsbewegung bemerkbar. Es waren allgemein neue Kursverluste zu verzeichnen, die teilweise ein grösseres Ausmass erreichten.

Werte	Veränderung	Werte	Veränderung	Werte	Veränderung
1000.000.000,00	+ 100.000,00	1000.000.000,00	+ 100.000,00	1000.000.000,00	+ 100.000,00
1000.000.000,00	+ 100.000,00	1000.000.000,00	+ 100.000,00	1000.000.000,00	+ 100.000,00
1000.000.000,00	+ 100.000,00	1000.000.000,00	+ 100.000,00	1000.000.000,00	+ 100.000,00

Die „freien Hausbesitzer“ gegen die „Hausagrarien“

Der Brandenburgische Provinzialverband der Haus- und Grundbesitzervereine hielt dieser Tage in den Kammern eine ausserordentliche Sitzung ab, die sich zu einer „Protokundgebung“ gegen die Verlängerung des Wohnungszwangsgesetzes gestaltete.

Die Protestierenden nahmen eine Entschliessung an, in der es u. a. heisst: Die Zwangswirtschaft müsse endlich beseitigt werden, weil sie eine normale Verteilung des vorhandenen Wohnraumes herbeiführen nicht geeignet sei. Der Haus- und Grundbesitz sei nicht länger gewillt, die ihn allein noch bedrückende Ausnahmevorschriften zu ertragen. Er fordere, dass zum 1. April 1930 die Wohnungszwangsgesetze durch bürgerliche Übergangsbestimmungen ersetzt werden, die in kürzester Frist in die freie Wohnungswirtschaft führen.

Dagegen hat die Ortsgruppe Berlin des Reichsverbandes der freien Hausbesitzer Deutschlands in ihrer gestrigen Versammlung folgende Resolution gefasst:

Die den Mieterschutz betreffenden Gesetze sind auf den 31. März 1930 befristet. Der Mieterschutz fällt also fort, wenn der Reichstag nicht die Verlängerung des Mieterschutzes beschliesst. Die Wirtschaftspartei erstrebt die Beseitigung des Mieterschutzes und hat diesbezüglich bereits im Dezember 1929 dem Reichstag einen Gesetzentwurf unterbreitet. Auch die Deutschen Volkspartei hat neuerdings dem Reichstag einen Gesetzentwurf unterbreitet, der den Mieterschutz erheblich einschränkt. Die Reichsregierung und der Reichsrat haben beschlossen, dem Reichstag die Weitergeltung der bisherigen Mieterschutzgesetzgebung auf weitere zwei Jahre vorzuschlagen. Der Reichsverband der freien Hausbesitzer Deutschlands erklärt dazu:

dass zurzeit der Abbau des Mieterschutzbestimmungen nicht möglich ist. Ein Abbau der Mieterschutzvorschriften würde eine erhebliche Steigerung der Mieten nach sich ziehen.

Die Steigerung ist bei der heutigen Wirtschaftslage für die breite Masse der Bevölkerung, namentlich für die Arbeiterschaft und die Angestellten, untragbar. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland umfasst etwa drei Millionen Menschen, davon etwa 340 000 in Berlin. Der Fehlbedarf an Wohnungen in ganz Deutschland beträgt etwa 600 000. Nach dem Bericht des „Städtischen Nach-

richtendienstes“ belief sich für Berlin die Gesamtzahl der am 31. Dezember 1929 eingeschriebenen Wohnungssuchenden auf 215 000. Unter diesen Umständen kann die Beseitigung der Mieterschutzgesetzgebung zurzeit nicht verantwortet werden.“

Das „Kauptbuch“ der „weisen Frau“ Anklageerhebung gegen 35 Mädchen

Bei der 53 Jahre alten Frau Martha Sprenger in Charlottenburg, die schon wiederholt wegen Ableitung bestraft ist, wurde auf die anonyme Anzeige einer Hausbewohnerin hin von der Kriminalpolizei eine Durchsuchung vorgenommen. Da diese ergebnislos verlief, wurde die Verdächtige auf freiem Fuss gelassen, aber unter ständiger polizeilicher Kontrolle gehalten. Dabei wurde festgestellt, dass im spätere Nachtstunden zahlreiche junge Mädchen ohne zu klingeln, nur auf Klopfzeichen, in die Wohnung der Frau Sprenger eintraten und nach einigen Stunden die Wohnung ebenso heimlich wieder verliessen. Die Polizei drang auf Grund dieser Verdachtsmomente in die Wohnung ein, fand ein dickes Buch, in dem die Namen von mehreren hundert Mädchen, nach dem Datum und Alphabet geordnet, eingetragen waren.

Daraufhin wurde der weisen Frau auf dem Kopf zugesagt, dass es sich um eine Kundenliste und ihr Hauptbuch handle. Frau Sprenger gestand ein, dass sie in allen Fällen gegen Entgelt verbotene Eingriffe vorgenommen hatte. Sie hat sich jetzt wegen fortgesetzter gewerbsmässiger Ableitung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Auf Grund der Kundenliste hat der Staatsanwalt umfangreiche Ermittlungen angestellt,

die zur Anklageerhebung gegen 35 Mädchen geführt haben. Die übrigen in dieser Liste stehenden Kundinnen konnten nicht festgestellt werden, da sie offenbar falsche Namen oder fingierte Adressen angegeben haben.

Die 35 Mädchen werden sich in einem abgetrennten Verfahren vor dem Schöffengericht zu verantworten haben.

Im Bett verbeamt

In der vergangenen Nacht kehrte der 27 Jahre alte Schmied Paul Speda nach seiner Wohnung im Hause Thüringer Strasse 11 in Neukölln in stark angeheitertem Zustand zurück und legte sich mit brennender Zigarette ins Bett.

Zufuhr in Schlachthof normal

Blutfleisch 0,80-1,00	do ohne Knochen 1,20-1,40	Kalbfleisch 1,30-1,70	Hammfleisch 1,15-1,30
Schweinefleisch 1,25-1,75	Geflügel 0,70-1,10	Rückenfleisch 1,00-1,15	

Preise unverändert

Schwedenfleisch 0,80-0,90	Rinderfleisch 0,90-1,10	Salzschinken 0,90-1,10	Butter 1,00-1,20
Manzetta 0,80-0,90	Eier Stück 0,10	Kartoffeln 10 Pfund 0,40 bis 0,45	

Tei 0,10, usw. z. Zeit

Tei 0,10	usw. z. Zeit	Tei 0,10	usw. z. Zeit
Tei 0,10	usw. z. Zeit	Tei 0,10	usw. z. Zeit

Tei 0,10, usw. z. Zeit Tei 0,10, usw. z. Zeit Tei 0,10, usw. z. Zeit Tei 0,10, usw. z. Zeit

